

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XV
I. Ausgangslage bei der Altersversorgung von Geschäftsführern und Vorständen	1
1. Bestimmung der Versorgungslücke	1
2. Vergleich der Vorteilhaftigkeit der verschiedenen Säulen der Altersvorsorge	3
3. Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung bei GmbH-Geschäftsführern und AG-Vorständen	7
4. Durchführungsformen der betrieblichen Altersversorgung und ihre Verbreitung	8
a) Unmittelbare Versorgungszusagen	9
b) Direktversicherung	10
c) Unterstützungskassen	11
d) Pensionskassen	13
e) Pensionsfonds	14
II. Gestaltung von Versorgungszusagen zugunsten von Geschäftsführern und Vorständen	17
1. Versorgungszusagen an Fremdgeschäftsführer bzw. nicht beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer/-Vorstände	17
a) Gestaltungsfreiheit	17
b) Mindestinhalt individueller Versorgungszusagen	18
c) Zulässige Abweichungen vom Betriebsrentengesetz	21
2. Versorgungszusagen an beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer und Gesellschafter-Vorstände	22
a) Geltung des Betriebsrentengesetzes/Voraussetzungen für Beherrschung im Sinne des Arbeitsrechts	22
b) Erforderliche Regelungsbereiche für arbeitsrechtlich beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer und Gesellschafter-Vorstände	24
c) Abgrenzung: Sozialversicherungsfreiheit/Beherrschung im Sinne des Sozialrechts	27
3. Insolvenzschutz bei Versorgungszusagen	29
a) Allgemeines zum Insolvenzschutz	29
b) Privatrechtlicher Insolvenzschutz mittels „Verpfändungsmodell“	30
c) Absonderungsrecht im Fall der Insolvenz der Gesellschaft	35
d) Keine Gefährdung der Sicherheit durch Widerrufsvorbehalte	37

	Seite
e) Pfändungsschutz von Renten und Renten-Rückdeckungsversicherungen beim Geschäftsführer/Vorstand	40
4. Zuständigkeit für die Erteilung von Versorgungszusagen an Organmitglieder	41
III. Steuerliche Behandlung von unmittelbaren Versorgungszusagen bei der Gesellschaft	43
1. Anforderungen an die steuerliche Anerkennung von Versorgungsaufwand der Gesellschaft für einen Geschäftsführer/Vorstand bei allen Durchführungswegen	43
a) Vorbemerkungen	43
b) Dreistufige Prüfung der steuerlichen Anerkennung von Versorgungsaufwand auf zwei Prüfungsebenen	44
2. Allgemeine Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung von Pensionsrückstellungen (1. und 2. Prüfungsstufe – erste Ebene)	45
a) Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz	45
b) Überblick über die zwingenden steuerlichen Bewertungsvorschriften, die von den BilMoG-Anforderungen abweichen	46
c) Voraussetzungen der Bildung von Pensionsrückstellungen in der Steuerbilanz im Einzelnen	50
aa) Rechtsanspruch/Zivilrechtlich wirksame Zusage (§ 6a Abs. 1 Nr. 1 EStG)	50
bb) Schriftliche und eindeutige Zusage (§ 6a Abs. 1 Nr. 3 EStG)	52
cc) Keine steuerschädlichen Widerrufsvorbehalte (§ 6a Abs. 1 Nr. 2 EStG)	53
dd) Keine Abhängigkeit von künftigen gewinnabhängigen Bezügen (§ 6a Abs. 1 Nr. 2 EStG)	54
ee) Keine Vorwegnahme künftiger Einkommensentwicklungen = Keine Überversorgung = Einhaltung der 75 %-Grenze (§ 6a Abs. 3 S. 2 Nr. 1 S. 4 EStG)	55
(1) Versorgungszusagen mit fester Anwartschaftsdynamik	55
(2) Versorgungszusagen mit Gehaltsdynamik	56
(3) Überhöhte Versorgungszusagen/Versorgungszusagen, die die 75 %-Grenze in der Anwartschaftsphase überschreiten	56
(4) Nur-Pensionszusage	59
(5) Gehaltsabsenkungen	60
3. Besondere Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung von unmittelbaren Versorgungszusagen an beteiligte Geschäftsführer/Vorstände (3. Prüfungsstufe – zweite Ebene)	62
a) Betriebliche Veranlassung und verdeckte Gewinnausschüttung	62
b) Unterscheidung zwischen steuerlich beherrschenden und nicht beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführern	64
c) Unterscheidung zwischen Zusagen, die die gesetzliche Altersversorgung ersetzen, und solchen, die sie ergänzen	65

	Seite
d) Einzelne Anforderungen an die betriebliche Veranlassung von Direkt- zusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer/-vorstände	69
aa) Im Voraus geschlossene, klare und eindeutige Zusage/Rückwir- kungs- und Nachzahlungsverbot	69
(1) Notwendigkeit einer umfassenden und eindeutigen Regelung .	69
(2) Anwendungsfälle des Rückwirkungs- und Nachzahlungs- verbots	70
bb) Ernsthaftigkeit und Finanzierbarkeit	71
(1) Ernsthaftigkeit und Verzicht	72
(2) Ernsthaftigkeit, realistisches Pensionsalter, Rückstellungs- bildung	73
(3) Umsetzung der neuen Anforderungen aus dem BMF, Schr. v. 9.12.2016	75
(4) Finanzierbarkeit	78
cc) Probezeit = frühestmöglicher Zeitpunkt der Zusageerteilung	82
(1) Anforderungen an die Erprobung (personenbezogene Probe- zeit)	82
(2) Gesicherte Gewinnerwartung der GmbH bei Zusageerteilung (unternehmensbezogene Probezeit)	85
(3) Kritik an der Probezeit-Rechtsprechung aus dem Aspekt des Fremdvergleichs	87
dd) Erdienbarkeit = spätestmögliche Zusageerteilung	88
(1) Erdienbarkeitsfrist	89
(2) Höchstalter bei Zusageerteilung	90
(3) Ausnahmefall Entgeltumwandlung	91
(4) Wechsel des Durchführungsweges	93
(5) Erhöhung der Zusage	93
(6) Anwendung auf nicht beherrschende Gesellschafter- Geschäftsführer	95
ee) Sonstiger Fremdvergleich/Prüfung der Üblichkeit	96
(1) Innerbetrieblicher vs. externer Fremdvergleich	96
(2) Keine entgegenstehenden sonstigen betrieblichen Besonder- heiten	97
(3) Gestaltung der Versorgungszusage: Warte- und Unverfallbar- keitsfristen	97
(4) Gestaltung der Versorgungszusage: Zusagen an Lebens- gefährten (100 % Witwen-/Witwerpension)	102
(5) „Erweiterter Fremdvergleich“	103
ff) Angemessenheit der Versorgungszusage der Höhe nach	105
gg) Angemessenheit der Gesamtbezüge	106
(1) Berücksichtigung der „fiktiven Jahresnettoprämie“ bei Versorgungszusagen	107
(2) Ermittlung der „angemessenen“ Gesamtbezüge	108
(3) Zusammenrechnung der Vergütung bei Tätigkeit für mehrere GmbHs	110

	Seite
4. Folgen einer Veranlassung durch das Gesellschaftsverhältnis	111
a) Keine Anerkennung (100%ige vGA)	111
b) Temporäre vollständige Nichtanerkennung (temporäre vGA)	112
c) Teilweise Anerkennung (teilweise vGA bzw. erforderliche Bilanz- berichtigung)	113
d) Aufteilung bei Überversorgung	114
e) Behandlung einer vGA bei der Gesellschaft und dem Gesellschafter . .	115
5. „Heilung“ einer verdeckten Gewinnausschüttung	116
6. Zusammenfassung	117
IV. Steuerliche Behandlung von mittelbaren Versorgungszusagen (Direktversicherungs-, Unterstützungskassen-, Pensionskassen- und Pensionsfondszusagen) bei der Gesellschaft	119
1. Vorbemerkungen	119
2. Steuerliche Anerkennung von Beiträgen für eine Direktversicherung des (Gesellschafter-)Geschäftsführers	120
a) Zivilrechtlich wirksame, klare und im Voraus geschlossene Direkt- versicherungszusage	120
b) Ernsthaftigkeit und Finanzierbarkeit	121
c) Erdienbarkeit	122
d) Sonstige Üblichkeit	123
e) Angemessenheit der Gesamtvergütung	124
3. Steuerliche Anerkennung von Zuwendungen für den (Gesellschafter-) Geschäftsführer an eine Unterstützungskasse	124
a) Zivilrechtlich wirksame, klare und im Voraus geschlossene Zusage . .	124
b) Ernsthaftigkeit und Finanzierbarkeit	125
c) Erdienbarkeit	126
d) Sonstige Üblichkeit der Versorgungszusage	127
e) Angemessenheit der Gesamtvergütung	127
4. Steuerliche Anerkennung von Beiträgen für den (Gesellschafter-) Geschäftsführer an eine Pensionskasse oder einen Pensionsfonds	127
5. Steuerliche Anerkennung von Beiträgen und Zuwendungen für den (Gesellschafter-)Vorstand bei mittelbaren Versorgungszusagen	128
6. Steuerfreiheit von Pensions- und Unterstützungskassen im Hinblick auf die Versorgung von beteiligten Geschäftsführern bzw. Vorständen	128
V. Steuerliche Behandlung der betrieblichen Altersversorgung beim Geschäftsführer bzw. Vorstand	131
1. Einkommensteuerliche Behandlung des Geschäftsführers/Vorstands bei unmittelbaren Versorgungszusagen und der Versorgung über eine Unter- stützungskasse	131
a) Besteuerung während der aktiven Dienstzeit	131

	Seite
b) Auswirkungen von Versorgungszusagen auf den Abzug von privaten Vorsorgeaufwendungen (Rechtslage ab 2020)	133
c) Besteuerung bei Erhalt von Versorgungsleistungen	135
2. Einkommen- und lohnsteuerliche Behandlung des Geschäftsführers/ Vorstands bei Direktversicherungen, Pensionsfonds und Pensionskassen und mit Zusageerteilung ab 1.1.2005	137
a) Besteuerung während der aktiven Dienstzeit	137
b) Besteuerung bei Erhalt von Versorgungsleistungen	139
3. Einkommen- und lohnsteuerliche Behandlung des Geschäftsführers/ Vorstands bei Direktversicherungen oder Pensionskassen mit pauschal oder voll versteuerten Beiträgen (Altzusagen mit Zusageerteilung vor dem 1.1.2005 bzw. dem 1.1.2002)	140
a) Besteuerung während der aktiven Dienstzeit	140
b) Umwandlung einer Rückdeckungsversicherung in eine Direktversiche- rung und Abschluss einer Direktversicherung beim Ausscheiden	144
c) Besteuerung bei Leistungsbezug	145
4. Vermögensteuerliche Behandlung der Versorgungszusage	146
5. Erbschaftsteuerliche Behandlung von Hinterbliebenenleistungen	146
VI. Besondere Fragestellungen	149
1. Befreiung der Gesellschaft von der Versorgungsverbindlichkeit	149
a) Abfindung	150
aa) Betriebsrentenrechtliche Voraussetzungen	150
bb) Bilanzsteuerliche Anerkennung und betriebliche Veranlassung	153
(1) Erforderlichkeit einer Abfindungsklausel in der Zusage?	153
(2) Inhaltliche Anforderungen an anzuerkennende Abfindungs- klauseln	154
(3) Bilanzsteuerliche Anerkennung	156
(4) Steuerlich zulässiger Abfindungsbetrag bei Gesellschafter- Geschäftsführern	157
cc) Steuerliche Behandlung beim Geschäftsführer/Vorstand	159
b) Verzicht	160
aa) Zivilrechtliche Voraussetzungen	160
bb) Betriebliche oder gesellschaftliche Veranlassung des Verzichts	160
cc) Folgen des gesellschaftlich veranlassten Verzichts	161
(1) Sonderfall: Festschreiben der Zusage bzw. Verzicht auf den „Future-Service“	164
(2) Sonderfall: Umstrukturierender Verzicht	166
dd) Folgen des betrieblich veranlassten Verzichts bzw. Teilverzicht	167
ee) Verzicht gegen Besserungsschein	167
ff) Verzicht und Bewertungsverfahren	168
c) Auslagerung der Verbindlichkeit auf einen anderen Versorgungs- träger	169

	Seite
d) Übertragung der Versorgungsverbindlichkeit auf ein anderes Unternehmen	171
aa) Lohnsteuerliche Behandlung des Übertragungswertes beim Geschäftsführer/Vorstand	173
bb) Betriebliche Veranlassung	174
cc) Rechtsfolgen für das übertragende Unternehmen	174
dd) Rechtsfolgen für den Geschäftsführer/Vorstand als Gesellschafter	175
(1) Angemessener Übertragungswert	175
(2) Steuerliche Behandlung beim aufnehmenden Unternehmen, an dem der Geschäftsführer/Vorstand wiederum maßgeblich beteiligt ist	177
ee) Passivierung angeschaffter Pensionsrückstellungen	178
e) Übertragung auf Rentner-GmbH	180
f) Liquidationsversicherung	180
aa) Abschluss ohne Zustimmung des Geschäftsführers/Vorstands	181
bb) Betriebliche Veranlassung bei Liquidationsversicherungen für beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer	184
2. Betriebsrentenrechtlicher Statuswechsel	185
3. Rechtsformwechsel des Unternehmens	187
4. Weitere Tätigkeit des Geschäftsführers nach Erreichen des vertraglichen Pensionsalters	190
5. Besondere Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung von Versorgungszusagen an Gesellschafter-Vorstände von Aktiengesellschaften	193
a) Unterschiede zur Situation von GmbH-Gesellschafter-Geschäftsführern	194
b) Anwendbarkeit der für GmbH-Gesellschafter-Geschäftsführer entwickelten Prüfkriterien in besonderen Fällen	194
c) Fazit	195
6. Wertkontenvereinbarungen bei Organmitgliedern und bei Beherrschung	195
7. Versorgungsausgleich bei GmbH-Geschäftsführern	198
a) Anwendbarkeit des VersAusglG	198
b) Allgemeines zur Durchführung des Zugewinnausgleichs	199
c) Durchführung der Teilung	200
d) Besonderheiten bei der Teilung von Pensionszusagen an (Gesellschafter-)Geschäftsführer/-Vorstände	202
aa) Unterfinanzierte Versorgungszusagen	203
bb) Endgehaltsabhängige Versorgungszusagen	203
cc) Teilung bei Bestehen von Rückdeckungsversicherungen	204
8. Versorgungszusagen zugunsten mitarbeitender Ehegatten von GmbH-Geschäftsführern und nahestehender Personen	204
VII. Hinweise zum Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG)	207
1. Vorbemerkung	207

	Seite
2. Wesentliche Anforderungen des BilMoG an die Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen	208
3. Auswirkungen des BilMoG auf die Bewertung von mittelbaren Versorgungszusagen	211
VIII. Schlussbemerkungen	213
Anhang	215
I. Checkliste zur Gewährleistung der steuerlichen Anerkennung der betrieblichen Altersversorgung	219
II. Muster-Pensionszusagen für einen beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer/-Vorstand	223
III. Muster Verpfändungsvereinbarung	235
IV. Muster-Gesellschafterbeschluss	237
V. Matrix zur unterschiedlichen Behandlung von beherrschenden/nicht beherrschenden Geschäftsführern sowie Arbeitnehmern	239
VI. Matrix zur Statusfeststellung (GmbH)	242
VII. Wichtige Rechtsvorschriften	243
Literaturverzeichnis	359
Stichwortverzeichnis	367